

# Zur Bundestagswahl

## 2025 Forderungspapier des industriellen Mittelstands

Es ist Zeit, Mut zur Veränderung zu zeigen. Wir fordern eine Energie-, Wirtschafts- und Nachhaltigkeitspolitik, die Investitionen in grüne Technologien ermöglicht, den Mittelstand entlastet und die Transformation zur Klimaneutralität pragmatisch gestaltet.

### Energie- und Klimapolitik

Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit vereinen

- 1. Energieintensiven Mittelstand gezielt entlasten**
- 2. Zielorientierung stärken: Dekarbonisierung der Prozesswärme forcieren**
- 3. Netzanschlüsse und Elektrifizierung zuverlässig gewährleisten**
- 4. Investitionsanreize für grüne Technologien schaffen**

Der energieintensive Mittelstand wurde bisher in der Energie- und Klimapolitik zu wenig berücksichtigt, obwohl er einen erheblichen Dekarbonisierungs- und Investitionsbedarf aufweist. Im Gegensatz zur Großindustrie fehlt es mittelständischen Unternehmen an Ressourcen, um den hohen Energiekosten und der überbordenden Bürokratie gerecht zu werden. Dies führt zunehmend zu einer Zurückhaltung bei Investitionen bis hin zur Einstellung ganzer Investitionslinien.

Die Dekarbonisierung der Prozesswärme ist zentral, da sie 75 % der industriellen CO<sub>2</sub>-Emissionen ausmacht. Ein Großteil kann elektrifiziert werden, Teilbereiche benötigen andere klimaneutrale Alternativen. Die Politik muss technologieoffene Förderprogramme schaffen, um diese Transformation zu beschleunigen.

Die Elektrifizierung der Industrie erfordert erweiterte Netzanschlüsse. Der Ausbau der Netzinfrastruktur muss priorisiert werden, und Unternehmen benötigen verlässliche Garantien für Anschlüsse, um Planungssicherheit für Investitionen zu schaffen.

Neben der Förderung von Investitionskosten (Capex) müssen langfristige Betriebskosten (Opex) berücksichtigt werden, da diese entscheidend für die Rentabilität grüner Technologien sind. Die Einführung eines Dekarbonisierungsstrompreises als Übergangslösung ist notwendig, bis wettbewerbsfähige Marktpreise gewährleistet sind.

## **Wirtschafts- und Standortpolitik**

Investitionen fördern und Fachkräftemangel beheben. Steuerliche Entlastung für Standortinvestitionen

- 1. Steuerliche Entlastung für Standortinvestitionen**
- 2. Anerkennung branchenbezogener Qualifikationen erleichtern**
- 3. Local-Content-Bedingungen bei öffentlichen Aufträgen stärken**

Unternehmen, die fair in den Standort investieren, sollten durch eine Senkung von Lohnnebenkosten und Steuern belohnt werden. Dies stärkt die regionale Wirtschaft, schafft neue Arbeitsplätze und sichert langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.

Eine vereinfachte Anerkennung passgenauer Ausbildungsabschlüsse ist notwendig, um Fachkräfte schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bürokratische Hürden müssen abgebaut und digitale Verfahren eingeführt werden, um internationale Arbeitskräfte effizienter einzubinden.

Die öffentliche Auftragsvergabe muss stärker an regionale Wertschöpfung gekoppelt werden. Local-Content-Bedingungen fördern die europäische Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Dies stärkt nicht nur regionale Lieferketten, sondern reduziert auch Abhängigkeiten von globalen Märkten.

## **Nachhaltigkeitspolitik**

Einheitliche Standards setzen, Wiederverwendung fördern

- 1. Einheitliche CO<sub>2</sub>-Footprint-Berechnung und handhabbare Berichterstattung**
- 2. Kreislaufwirtschaft stärken, Wiederverwendung priorisieren**

Die Einführung standardisierter Berechnungsverfahren für den CO<sub>2</sub>-Footprint ist essenziell, um Transparenz und Vergleichbarkeit zu schaffen. Berichterstattungsstandards müssen auch für kleine und mittelständische Unternehmen praktikabel sein.

Die Wiederverwendung von Materialien ist ein zentraler Hebel zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch. Es sollten rechtliche und finanzielle Anreize für mehr Recycling und Wiederverwendung geschaffen werden.